

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Fragestunde im letzten Plenum hat es noch einmal bekräftigt: Der Senat hat sich mit dem Kita-Brief an Berliner Eltern quasi die erste Wahlwerbung auf Steuerzahlerkosten genehmigt. Finanzeinsatz 28.000 Euro. Dazu Frage 1 an Herrn Nussbaum: Wo waren Sie in diesem Augenblick?

Frage 2: Worum ging es dem Senat nun wirklich?

Es ging – wie von Herrn Zöllner vor 14 Tagen treuherzig beteuerte – nur um eine Sachinformation. Aber warum dann diese schwülstige Parteiprogramm-Rhetorik? Die stößt einem beim Lesen schon richtig sauer auf, wenn angeblich und eigentlich nur über finanzielle Entlastung der Eltern durch die beitragsfreie Kita unterrichtet werden sollte.

Da drängt sich geradezu Frage Nr. 3 auf: Was mögen wohl erst **die Eltern** beim Lesen dieses Briefes gedacht haben, die sich seit Wochen vergeblich um einen Kitaplatz bemühen, wie zum Beispiel in Friedrichshain? Hier möchte ich auf den offenen Brief der Jugendstadträtin aus Friedrichshain-Kreuzberg hinweisen, mit der Überschrift „Beitragsfreie Kitajahre – Mangelware Fachpersonal, Mangelware Kitaplatz“ Sie ruft laut der heutigen Morgenpostberichterstattung einen Kita-Notstand aus! Alle Plätze sind dort vergeben und auch die Nachbarbezirke haben keine freien Kapazitäten mehr. Diese Eltern können also nicht sparen, weil ihnen wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote die Rückkehr in den Beruf verbaut wird. Vielfach müssen sie hohe Kosten für private Betreuung aufbringen, damit sie wieder berufstätig sein können. Die gucken, wie der Berliner so schön sagt, voll in die Röhre.

Aber weiter im Text. Dort ist zu lesen: „Sie werden sicherlich feststellen, dass sich der Kita-Besuch positiv auf die Entwicklung Ihres Kindes auswirkt...“. Gegen diese Feststellung ist im Grunde nichts einzuwenden. Aber was ist mit den Eltern, die das umsetzen wollen und denen jetzt bei der Anmeldung gesagt wird, sie mögen sich

brav in die Warteliste einreihen, weil es keine freien Plätze gibt? Da ergibt sich blitzschnell die Frage 4: Müssen sich diese Eltern nicht ziemlich „verschaukelt“ vorkommen?

Doch wie heißt es so schön im dem zitierten Brief? „Ein Kita- Besuch scheitert seit diesem Jahr nicht mehr am Geldbeutel“. **Aber er scheitert**, wie der RBB sehr ausführlich berichtete. Und woran? Er scheitert daran, dass der Senat seit langem die Kita-Bedarfsplanung vernachlässigt, nicht auf die sich positiv verändernde Bevölkerungsentwicklung eingeht, nicht einkalkuliert, dass es mehr Plätze geben muss, wenn dafür massiv und aus gutem Grund geworben wird.

Und damit hängt ein Nächstes zusammen, was sogar vom Senat – zwar zaghaft – aber eingeräumt wird: „Wir wissen aber auch, dass es manchmal Probleme gibt. Deshalb arbeiten wir daran, die Qualität der Krippen und Kitas in Berlin stetig zu verbessern.“ Na endlich, nach langer Zeit eine begrüßenswerte Erkenntnis. Aber warum macht sich dann der Senat so wenig Gedanken darüber wie viele zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher dafür gebraucht werden, wie hoch der Nachbesetzungsbedarf ist und welchen Umfang und welche Qualität z.B. in der Ausbildung und Qualifizierung notwendig sind? Denn würde er das machen, dann wären auch die Antworten auf die vielen Kleinen Anfragen, die sich mit diesen drängenden Fragen beschäftigen, faktenreicher, konkreter, problemorientierter und aussagekräftiger.

Aber das sind sie nicht - die Antworten des Senats. Vielfach hat man sogar den Eindruck, dass er gar nicht so genau wissen will, wo im Einzelnen die besonderen Schwierigkeiten liegen. Denn nach seiner Lesart liegt ja die Verantwortung allein bei den Bezirken. Schnell wird dann mit § 19 KitaFöG und mit § 7 der Kindertagesförderungsverordnung gewunken. Darum erwarte ich auch gleich in den Folgebeiträgen der Regierungsfractionen diverse Belehrungen, dass der Senat gar nicht tun könne.

Doch diese Auffassung teilt die CDU ausdrücklich nicht, meine Damen und Herren. Trotz dieser Paragraphen hat der Senat immer noch eine Gesamtverantwortung. Diese liegt nach unserer Meinung insbesondere und gerade im Bereich der gesamtstädtischen Planung für die bereit zu stellenden Rahmenbedingungen.

Mit dieser Auffassung befinden wir uns in guter Gesellschaft, denn auch der Landesjugendhilfeausschuss ist dafür, die bezirklichen Planungen zu einer Gesamtplanung zusammen zu führen. Wir fordern deshalb den Senat auf, endlich aktiv zu werden und gemäß unserem Antrag zu verfahren.

Eine umfassende Kita-Bedarfsplanung ist aber auch unter haushalterischen Aspekten dringend notwendig. Denn gerade das Abgeordnetenhaus als Haushaltsgesetzgeber muss auch in diesem Bereich über die notwendigen Eckdaten verfügen, um zu sachgerechten Entscheidungen und Beschlüssen zu kommen. Verweigern Sie deshalb unserem Antrag nicht Ihre Stimme und fordern Sie mit uns den Senat auf, im Sinne des Antrags tätig zu werden.